

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 Mk. monatlich. Einzelne Rtn. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21255, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 3 Mk., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 Mk., unter Eingeladn 5 Mk. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kulturdenkmäler, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil: Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 214

Mittwoch, 14. September

1921

Vom Landtage.

Dresden, 13. September. Am 20. September tritt der Sonderausschuß, der sich mit den Vorlagen 50, 52, 62 zu befassen hat, erneut zusammen. Von dem Fortschritt der Arbeiten wird es abhängen, ob die Vollversammlung des sächsischen Landtages bereits Ende dieses Monats ihre Arbeiten wieder aufnimmt.

Teilweise Aufhebung der Kohlenzwangswirtschaft.

Berlin, 12. September. Nach dem Abend-Mitteil hat im Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrates der Reichskohlenkommissioner erklärt, daß die Zwangswirtschaft für Braunkohlen, Rohbraunkohle, Steinkohle, Gichtkohle und Gaskohle am 1. Oktober d. J. außer Wirksamkeit treten solle. Der Kohlenausschuß stimmte dieser Regelung zu.

Die Landtagswahlen in Thüringen.

Erfurt, 12. September. Nach dem Wahlergebnis für den Thüringer Landtag wurden im Wahlkreis Gotha einschließlich Stadt an Stimmen gewählt: Kommunisten 14 435, Unabhängige 4425, Sozialdemokraten 2607, Demokraten 2155, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11 910, Deutschnationale 4610, Landbund 7529; etwa 30 Ortsgruppen fehlen noch. Wahlkreis Schwarzburg-Rudolstadt: Kommunisten 4861, Unabhängige 21 034, Sozialdemokraten 13 405, Demokraten 1136, Zentrum 124, Deutsche Volksp. 3630, Deutschnationale Sp. 3634, Landbund 6232 Stimmen. Es fehlen noch 20 kleine Ortsgruppen.

Entlassung v. Hirschfelds aus der Haft.

Berlin, 12. September. Das Landgericht Eisenburg hat den vom Amtsgericht Oberkisch gegen Ludwig v. Hirschfeld erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Nach den Gründen des Gerichtsbeschlusses können die Tatsachen des früheren Anklages des Beschuldigten, die Käse Galmbach beim Tatorte und bei den Orten, wo der Ermordete vom 1. Juli an sich aufgehalten hatte, sowie schließlich der Besuch zweier Herren, deren Kufers der Ermordung der Täter ähnlich ist, am 24. v. M. in Galmbach den Tatverdacht nicht beseitigen. Für längere Abwesenheit des Beschuldigten von Galmbach während seines vorläufigen Aufenthalts haben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt ergeben.

Das wahre Gesicht von Speyer.

Frankfurt a. M., 13. September. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt heute von der verantwortlichen Seite ein ausführliches Tatsachenmaterial, das hell in die Speyerischen Vorhänge hineinleuchtet. Sie schreibt u. a.: Am Abend des 7. September hatte der Demonstrantenführer einem Genossen in öffentlicher Ansprache mitgeteilt, daß große Dinge am Werke seien, und daß hierbei die Arbeiter von niemandem, auch nicht von ihren bewährten Führern Befehlen anzuhören dürften, sondern einzig und allein dem Willkürherrscher zu folgen hätten. Wir werden, fährt er fort, den anderen — ihr wißt, wen ich meine — nicht blindlings folgen, sondern erst berechnen, was sie uns bieten. Ihr dürft aber sicher sein, daß eure Interessen gut gewahrt sind. Im Namen des französischen Stadtkommandanten spreche ich euch meine volle Anerkennung für eure musterhafte Haltung aus. Und nun wollen wir ruhig auseinandergehen, um nicht die Kunst der Befehlsbehörden zu verlieren. Als der Widerstand am 31. August einbrach, haben die photographischen Apparate der französischen Offiziere und ihrer Damen schon längst bereit. Als die Führer der Demonstration verhaftet wurden, sollen sie gebrocht haben, wenn einem von uns was passiert, kenne die Regierungspresident seine Koffer packen und aber den Rhein gehen. Nach dem Sturm auf das Rathaus spendeten die Franzosen freigelegte Rufen und Lärme. Wein und Bier. Als aber der Führer aus der Haft zurückkam, sah das Volk im Triumphzuge durch die Straßen und brachte ihn in das französische Stadthaus. Ein Kommentar zu diesen Tatsachen erübrigt sich von selbst.

Bayern und das Reich.

Rücktritt der bayerischen Regierung.

München, 12. September. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Gesamtministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Berlin, 12. September. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, verhandelt nach dem Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr das Kahr-Kabinett weiter. Die Reichsregierung ist zwar vor einer neuen Lage gestellt, aber nach wie vor zu einer Verständigung bereit.

München, 12. September. Zum Rücktritt des Ministeriums Kahr schreibt die „Bayrische Staatszeitung“: Das Vertrauen, mit dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Kahr steht, ist durch den Verlauf, den die Verhandlungen über die Beilegung des Ausnahmestandes genommen haben, nicht im mindesten erschüttert worden. Als Regierung der Beilegung, Ordnung, Wiedererrichtung der Staatsautorität und des Wiederaufbaues hat das Ministerium Kahr sich bereit bewährt, daß sein Entschluß, so folgerichtig und unvermeidlich er nun einmal durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten war, ebenso bedauert werden muß, wie der Entschluß des Ministerpräsidenten selbst. Das Weitere steht nun beim Landtage, über dessen Einberufung bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Entscheidungen der Völkerversammlung.

Genève, 12. September. Der südafrikanische Delegierte Murray brachte in der heutigen Völkerverversammlung zwei Entschlüsse ein. Die erste bezieht sich auf den Schutz der Minderheiten und wird von dem österreichischen Delegierten Grafen Rensdorph unterstützt. Nach der Kongress der Völkerverbundvereine habe ihr beigestimmt. Um die Erfüllung der Pflichten des Völkerverbundes zu gewährleisten und den Schutz der Minderheiten vollkommen zu sichern, soll der Völkerverbund ersucht werden, eine ständige Kommission zu ernennen. Diese habe die dem Völkerverbund zugehörigen Klagen entgegenzunehmen und einen Bericht auszugeben. Die Minderheitsfrage betreffe vor allem einen Teil der neugebildeten Staaten, die allgemein den aufrichtigen Wunsch hätten, die Minderheiten zu schützen. Der Völkerverbund müsse aber eine Organisation schaffen, um mit den betreffenden Staaten zur Beruhigung der Minderheiten zusammenzuarbeiten. Im übrigen sei eine Veröffentlichung der Klagen der Minderheiten sehr gefährlich, solange ihre Berechtigung nicht nachgewiesen sei. Deshalb sei eine Unterbrechung an Ort und Stelle notwendig, was auch im Interesse des Friedens und der Aufrechterhaltung der Verwirklichung liege. Die zweite Entscheidung gilt der armenischen Frage. Man stehe vor neuen Ereignissen. Der Oberste Rat müsse vielleicht bald eine Revision des Friedens von Sevres ins Auge fassen. Im März habe der Oberste Rat die Bedingungen zur Herstellung des Friedens zwischen Griechenland und der Türkei aufgestellt. Diese Bedingungen bezogen sich u. a. auf die Gründung eines nationalen Heerestammes für die türkischen Armenier, dessen Grenzen nunmehr vom Völkerverbund festgestellt werden sollen. Der Völkerverbund überweise die Prüfung dieser Fragen der 6. Kommission für politische Angelegenheiten.

Der bayerische Konflikt.

Der Konflikt zwischen Berlin und München aus Anlaß der Reichsregierungsbildung hat zu einer bayerischen Kabinettskrise geführt, und die Einigung, die nun zustande kommt, heißt den Rücktritt des ganzen Kabinetts. Hierbei ist von besonderer Bedeutung der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr. Man hat von ihm im nicht-bayerischen Deutschland nicht allzuviel gehört und gelesen, obwohl er anderthalb Jahre in seinem Amte geblieben hat. Die Sorgen des Reiches und der anderen Freistaaten sind eben in diesen Zeiten so groß, daß sich der Nachbar nicht um den Nachbar kümmert. Man wußte von Hrn. v. Kahr eigentlich nur Ungünstiges. Man erzählte sich, er sei das Gegenteil eines Politikers. Seine Ministerkabinett habe eine bedeutende Ähnlichkeit mit der Kanzlerkabinett des Hrn. Michaelis, der ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber den besonderen Anforderungen eines führenden politischen Postens nicht gewachsen sei. Dazu kam, daß Hr. v. Kahr durch die Woge des Kaputtismus an den Jden des März 1920 auf den Ministerstuhl gehoben wurde. Der jetzige Münchner Polizeipräsident Böhmert erschien damals mit mehreren Offizieren bei Kahr und eröffnete ihm, daß der Augenblick gekommen sei, die Republik zu stützen und die Monarchie auszurufen. Böhmert hatte sich gerade Hrn. v. Kahr herausgesucht, weil dieser ein guter Freund von ihm und Kollege in verschiedenen Staatsämtern gewesen war. Kahr tat zwar den Herren von der Rumpfskabinett den Gefallen nicht, aber er, der eingehandeltermaßen sich bis dahin nicht im mindesten um Politik gekümmert hatte, bezog den verantwortlichen Posten des Ministerpräsidenten mit dem Stolz eines Selbstgewählten. Tatsächlich ist es Hrn. v. Kahr nicht gelungen, die Kräfte einer wirklichen Volksmehrheit zur politischen Mitarbeit heranzuziehen, sondern er blieb während seiner ganzen Amtszeit fast durchweg unter dem einseitigen Einfluß derjenigen Kreise, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hatten. Sein Regierungskurs wandte sich immer deutlicher gegen die Linken und gegen die Partei, die im Reich die Regierungspartei ist, und das mußte bei jeder Gelegenheit zum Konflikt mit Berlin führen. So bei der Frage der Entlohnung, so bei dem neuen Schutze der Republik. Es ist im Reich viel Unangenehm aufgetreten, daß sich diese Kreise der bayerischen Demokratie dem Widerstand der Regierung Kahr gegen Berlin angeschlossen haben. Berechtigt aber muß man anerkennen, daß die Bayern in dieser Hinsicht Grund haben, über die Zustände im Reich und besonders in Preußen nicht gerade erbaud zu sein. Aber Bayern ist die Welle des Kommunismus und des Terrors hinweggegangen; es ist gewissermaßen ähnlich wie Ungarn gegen den Bolschewismus gekämpft. Als gebrauchtes Hindernis ist das Feuer. Richtiger Blick es auf die verschiedenen Aufstrebende im übrigen Deutschland, gegen die sich zu schützen jedem bayerischen Bauern und Bürger als gutes Recht erscheint. So kam es eben auch zu der peinlichen Auseinandersetzung mit Berlin über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Man muß es trotz aller Einseitigkeiten Hrn. v. Kahr zuschreiben, daß er vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an sein Festhalten an der Einheit des Reiches betonte und den föderalistischen Aufbau des neuen Deutschland nicht im Sinne eines engherzigen Partikularismus verstanden wissen wollte. Sein Programm war, eine Reichspolitik zu unterstützen, welche die Einheit und den neuen Aufbau des Reiches unter Anerkennung und staatlicher Wahrung der Lebensnotwendigkeiten der Länder erstrebt und ferner, die Verhältnisse in Bayern zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu setzen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteivorgeschritten ist die Ministerkabinett des Hrn. v. Kahr gescheitert.

Die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes.

Genève, 12. September. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerverversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerverbund schade, der sich nur beglückwünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Er sprach dann kurz über die obersteinständige Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerverbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine feindschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerverbundes anrufen.

Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 13. September. Die französische Bottschaft teilt mit, sie habe eine amtliche Mitteilung erhalten, nach der sich Briand an der Spitze der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz befinden werde.

Die Antwort des irischen Parlaments.

London, 12. September. Die Antwort des irischen Parlaments an den britischen Premierminister ist heute abgehandelt worden.

Eine Verschwörung in Konstantinopel.

London, 12. September. Nach einer Reutersmeldung aus Konstantinopel haben die dortigen Behörden Beweismaterial für eine Verschwörung aufgefunden, die von Angora aus organisiert und unterstützt worden sein soll und das Ziel verfolgte, eine Revolution in Konstantinopel herbeizuführen.

Die Sowjetregierung und die Hilfe für Rußland.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, hat die Sowjetregierung funktionsfähig ihre Antwort auf die Note des internationalen Hilfskomitees für Rußland wiederholt. Das Dokument ist ebenfalls verworren und verästelnd. Aber die Ablehnung der Bolschewisten, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, ist darin klar formuliert. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß das internationale Hilfskomitee sich in den nächsten Tagen auflösen wird.

Kriegszustand in Bessarabien.

Paris, 13. September. Nach einer Pariser Meldung aus Wiga hat die Sowjetregierung in Bessarabien an der rumänischen Grenze den Kriegszustand erklärt.

Der bayerische Konflikt.

Der Konflikt zwischen Berlin und München aus Anlaß der Reichsregierungsbildung hat zu einer bayerischen Kabinettskrise geführt, und die Einigung, die nun zustande kommt, heißt den Rücktritt des ganzen Kabinetts. Hierbei ist von besonderer Bedeutung der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr. Man hat von ihm im nicht-bayerischen Deutschland nicht allzuviel gehört und gelesen, obwohl er anderthalb Jahre in seinem Amte geblieben hat. Die Sorgen des Reiches und der anderen Freistaaten sind eben in diesen Zeiten so groß, daß sich der Nachbar nicht um den Nachbar kümmert. Man wußte von Hrn. v. Kahr eigentlich nur Ungünstiges. Man erzählte sich, er sei das Gegenteil eines Politikers. Seine Ministerkabinett habe eine bedeutende Ähnlichkeit mit der Kanzlerkabinett des Hrn. Michaelis, der ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, aber den besonderen Anforderungen eines führenden politischen Postens nicht gewachsen sei. Dazu kam, daß Hr. v. Kahr durch die Woge des Kaputtismus an den Jden des März 1920 auf den Ministerstuhl gehoben wurde. Der jetzige Münchner Polizeipräsident Böhmert erschien damals mit mehreren Offizieren bei Kahr und eröffnete ihm, daß der Augenblick gekommen sei, die Republik zu stützen und die Monarchie auszurufen. Böhmert hatte sich gerade Hrn. v. Kahr herausgesucht, weil dieser ein guter Freund von ihm und Kollege in verschiedenen Staatsämtern gewesen war. Kahr tat zwar den Herren von der Rumpfskabinett den Gefallen nicht, aber er, der eingehandeltermaßen sich bis dahin nicht im mindesten um Politik gekümmert hatte, bezog den verantwortlichen Posten des Ministerpräsidenten mit dem Stolz eines Selbstgewählten. Tatsächlich ist es Hrn. v. Kahr nicht gelungen, die Kräfte einer wirklichen Volksmehrheit zur politischen Mitarbeit heranzuziehen, sondern er blieb während seiner ganzen Amtszeit fast durchweg unter dem einseitigen Einfluß derjenigen Kreise, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht hatten. Sein Regierungskurs wandte sich immer deutlicher gegen die Linken und gegen die Partei, die im Reich die Regierungspartei ist, und das mußte bei jeder Gelegenheit zum Konflikt mit Berlin führen. So bei der Frage der Entlohnung, so bei dem neuen Schutze der Republik. Es ist im Reich viel Unangenehm aufgetreten, daß sich diese Kreise der bayerischen Demokratie dem Widerstand der Regierung Kahr gegen Berlin angeschlossen haben. Berechtigt aber muß man anerkennen, daß die Bayern in dieser Hinsicht Grund haben, über die Zustände im Reich und besonders in Preußen nicht gerade erbaud zu sein. Aber Bayern ist die Welle des Kommunismus und des Terrors hinweggegangen; es ist gewissermaßen ähnlich wie Ungarn gegen den Bolschewismus gekämpft. Als gebrauchtes Hindernis ist das Feuer. Richtiger Blick es auf die verschiedenen Aufstrebende im übrigen Deutschland, gegen die sich zu schützen jedem bayerischen Bauern und Bürger als gutes Recht erscheint. So kam es eben auch zu der peinlichen Auseinandersetzung mit Berlin über die Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes. Man muß es trotz aller Einseitigkeiten Hrn. v. Kahr zuschreiben, daß er vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an sein Festhalten an der Einheit des Reiches betonte und den föderalistischen Aufbau des neuen Deutschland nicht im Sinne eines engherzigen Partikularismus verstanden wissen wollte. Sein Programm war, eine Reichspolitik zu unterstützen, welche die Einheit und den neuen Aufbau des Reiches unter Anerkennung und staatlicher Wahrung der Lebensnotwendigkeiten der Länder erstrebt und ferner, die Verhältnisse in Bayern zum Wohl des Reiches als Gegengewicht gegen alle bolschewistischen Strömungen zu setzen. Nicht an diesem Programm, sondern an Parteivorgeschritten ist die Ministerkabinett des Hrn. v. Kahr gescheitert.

Die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes.

Genève, 12. September. Leon Bourgeois, der Führer der französischen Delegation, hielt heute vormittag in der Sitzung der Völkerverversammlung eine große Rede über die gegenwärtige Lage des Völkerverbundes, die Befürchtungen und zugleich Hoffnungen für seine Zukunft gebe. Er bestritt, daß die Washingtoner Konferenz irgendwie dem Völkerverbund schade, der sich nur beglückwünschen dürfe, daß jenseits des Ozeans das gleiche Friedenswerk in Angriff genommen werde, wie hier. Er sprach dann kurz über die obersteinständige Frage, die ein Beweis für die große Autorität des Völkerverbundes sei. Man sehe, daß nicht nur Staaten, die miteinander in einem Konflikt leben, sondern auch große Mächte, die nur eine feindschaftliche Meinungsverschiedenheit hätten, das Urteil des Völkerverbundes anrufen.

Die Abrüstungskonferenz.

Washington, 13. September. Die französische Bottschaft teilt mit, sie habe eine amtliche Mitteilung erhalten, nach der sich Briand an der Spitze der französischen Abordnung für die Abrüstungskonferenz befinden werde.

Die Antwort des irischen Parlaments.

London, 12. September. Die Antwort des irischen Parlaments an den britischen Premierminister ist heute abgehandelt worden.

Eine Verschwörung in Konstantinopel.

London, 12. September. Nach einer Reutersmeldung aus Konstantinopel haben die dortigen Behörden Beweismaterial für eine Verschwörung aufgefunden, die von Angora aus organisiert und unterstützt worden sein soll und das Ziel verfolgte, eine Revolution in Konstantinopel herbeizuführen.

Die Sowjetregierung und die Hilfe für Rußland.

Paris, 13. September. Wie die Morgenblätter melden, hat die Sowjetregierung funktionsfähig ihre Antwort auf die Note des internationalen Hilfskomitees für Rußland wiederholt. Das Dokument ist ebenfalls verworren und verästelnd. Aber die Ablehnung der Bolschewisten, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, ist darin klar formuliert. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß das internationale Hilfskomitee sich in den nächsten Tagen auflösen wird.

Kriegszustand in Bessarabien.

Paris, 13. September. Nach einer Pariser Meldung aus Wiga hat die Sowjetregierung in Bessarabien an der rumänischen Grenze den Kriegszustand erklärt.

Wiedertreibung immer größer werden und eines Tages zur Möglichkeit der Abspaltung Bayerns vom Reich führen soll. Das bayerische Zentrum nimmt durchaus nicht eine vermittelnde Haltung ein, ist nicht in der Lage, infolge enger Verbindung mit dem Zentrum des Reiches einen Einfluß darauf auszuüben, daß in bezug hierauf alle Gefahr beseitigt werden könne. Im Gegenteil weiß man, daß das bayerische Zentrum sich in der bisherigen Koalition wohl fühlte und mit dem Zentrum im Reich durchaus keine freundschaftlichen Verbindungen unterhielt. Die Stimmung im bayerischen Zentrum ist es gerade, welche die bayerische Politik bisher unterstützt hat, und sie neigt auch nicht dazu, etwa in Bayern eine Koalition zu schaffen, wie sie im Reich besteht.

Noch läßt sich der Ausgang der Krise im einzelnen nicht übersehen. Es liegt kein Grund vor, etwa an eine Beilegung des bisherigen Systems zu glauben und an eine Sicherung, die dem Reich eine stärkere Einheit und inneren Frieden bringt. Auch hier gehören Männer an erste Stelle, die das gelockerte Band zwischen Bayern und dem Reich wieder fester zu knüpfen wissen und es verstehen, die augenblickliche Lage so zu gestalten, daß sie nicht in Bayern zu einer Radikalisierung noch rechts drängt, aus der dem Reich ungeahnte Schwierigkeiten erwachsen könnten.

Polen übernimmt den Schutz der im Ausland weilenden Danziger.

Berlin, 12. September. Die polnische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Auf Grund des zwischen der Republik Polen und der freien Stadt Danzig geschlossenen Vertrages vom 9. November 1920 übernehmen die Gesandtschaften und Konsulate der polnischen Republik den diplomatischen und konsularischen Schutz der im Ausland weilenden Angehörigen der freien Stadt Danzig in demselben Maße, wie dies für polnische Staatsangehörige geschieht.

Erzberger und die Waffenstillstandsverhandlungen.

Berlin, 12. September. In der „Vossischen Zeitung“ berichtet ein Freund Erzbergers über die Aufstellungen, die der Ermordete ihm kurz vor seinem Tode über die Frage gemacht habe, weshalb er die Waffenstillstandsverhandlungen geführt habe. Erzberger habe dabei u. a. erklärt: Der folgenschwerste Schritt ist mir durch meine Kollegen und den Prinzen Reg von Baden während des Ministerrates aufgedrängt worden, in dem beschließen wurde, die Verhandlungen aufzunehmen. Wir waren durch die schwedische Regierung benachrichtigt worden, daß unter keinen Umständen von der Entente mit Vertretern der kaiserlichen Regierung oder Militärs der Obersten Heeresleitung verhandelt werden würde. Prinz Reg sagte im Laufe der Sitzung: Erzberger, Sie müssen sich aufopfern, und die Aufgabe übernehmen. Ich antwortete: Daß ich die französische Sprache nicht genug beherrsche und mich nicht geeignet fühle, diese große Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin sagte General Gröner: Es ist kein Augenblick zu verlieren. Sonst haben wir den Feind im Lande. In drei Tagen sind die Franzosen in Köln. Dann drängten mich Gröner und Trimborn, indem sie sagten, sie seien zu alt für die Anstrengungen der Reise. Schwören Herzog gab ich nach. Ich hoffte auch, daß Marshall Foch auf Grund meiner Friedens-

resolution vom Juni 1917 Entgegenkommen zeigen würde, was aber nicht der Fall war.

Die Beratung des Steuergesetzes.

Berlin, 12. September. Vorkündender Ober v. Braun betont bei Eröffnung der Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates die Wichtigkeit, die Beratung des Steuergesetzes noch in dieser Woche zu Ende zu führen. Oberbürgermeister Wipfler erstattet Bericht über das Ergebnis der Ermittlungen, die infolge des Besuchs von Vertretern der Abteilung I beim Reichsanwalt angefertigt worden waren. Es handelt sich dabei um einen Protest gegen die Annahme des Ultimatum. Der Vorstand habe entschieden, daß ein solches Verhalten grundsätzlich zu mißbilligen sei. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wird Johann Oberbürgermeister Wipfler als Vertreter der Abteilung III mit 197 von 207 Stimmen gewählt. Bei der hiernach folgenden Beratung der Steuergesetze werden die inzwischen gestellten Anträge mit der Beratung verbunden. Zur Kennzeichnung erstattet Schriftführer Georg Bernhardt den Bericht des Reparationsausschusses. Während die Regierung die Steuer für den Totalfaktor auf 16% und für Buchmacher auf 10 Proz. festsetzen will, beantragt der Ausschuß, sie für den Totalfaktor auf 20 und für Buchmacher auf 14 Proz. zu normieren. Ein Antrag v. Braun will die Steuer gleichmäßig für beide auf 20 Proz. festsetzen, da ein Rückgang der Totalfaktorergebnisse vermieden werden müsse. Im der Abstimmung wird die Vorlage gemäß den Aufschlagsanträgen angenommen. Die Totalfaktorsteuer wird auf 20, die Buchmachergebühr ebenfalls auf 20 Proz. gemäß dem Antrage Braun festgesetzt, der mit 107 gegen 95 Stimmen angenommen wird. Es folgt nunmehr die Generaldebatte zu den Steuergesetzen. Ein Antrag Dr. Verhoff, der verlangt, daß sämtliche Steuern als ein einheitliches Ganzes verabschiedet werden sollten, wird angenommen. Oberbürgermeister Wipfler beantragt die Ausarbeitung von Vorschlägen für eine Neuorganisation der Steuerbehörden dergestalt, daß die Organisationen der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungskörper für Reichszwecke nutzbar zu machen seien. Der Antrag wird angenommen. Arbeitsgebervertreter Dr. Henke beantragt, die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperchaften, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, zu streichen. Der Antrag Henke wird an den Reparationsausschuß verwiesen.

Der deutsche Juristentag.

Bamberg, 12. September. In der ersten öffentlichen Sitzung des deutschen Juristentages wurde Prof. Dr. Kohl zum Vorsitzenden gewählt. Der Reichsjuristenminister Dr. Schiffer führte u. a. aus: Die Richter müssen zwar die Diener des Gesetzes sein, aber nicht seine Sklaven. Die Handhabung des Gesetzes darf nicht nur dem menschlichen Standpunkte aus erfolgen, sondern muß auch unter Berücksichtigung der Autorität des Staates gehandhabt werden. Einen Erfolg der rechtsgeleiteten Richter durch Laienrichter verwarf der Minister, hielt jedoch ein Zusammenwirken von Richtern und Laien für das Gebot der Stunde. Der Redner schloß seine Ausführungen, nachdem er dargelegt hatte, daß die wirtschaftliche Lage des Richterstandes mit Rücksicht auf die soziale Achtung nicht vergessen werden dürfe.

Bayern und das Reich.

Berlin, 12. September. Im Überwachungs-

auschuß des Reichstages kennezeichnete Abg. Dr. Werner (Bayr. Sp.) die augenblickliche Lage der bayerischen Kräfte. Ihre Kraft ergebe sich aus der Tatsache, daß die neuerlichen Wünsche Forderungen von sämtlichen Parteien der bayerischen Koalition einschließlich der Mittelpartei (Deutschnationale) gestellt wurden, und daß ihnen selbst die Vertreter der Sozialdemokraten nicht widersprochen hätten. Der Fall habe gelehrt, daß die Handhabung der Exekutive durch die Reichsverwaltung in einem dem Gesamtwohl abträglichen Weise politische Geschüttelungen schwerster Art ausgelöst habe, die im vaterländischen Interesse vermieden werden müßten. Reichsanwalt Dr. Wirth legte dar, daß die Fassung des § 4, wie die Herren aus Bayern sie nach München mitgebracht hätten, auf Anregung bayerischer Vertreter zurückgehe. Sie lautet: Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landesregierungen und den von ihnen bestimmten Stellen aus eigener Entscheidung oder auf Ersuchen des Reichsministers des Innern vorgenommen. Glauben die Landesregierungen einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so haben sie dies spätestens am zweiten Tage nach dem Empfange des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mitzuteilen, der alsdann beauftragt ist, die Anordnung selbst zu erlassen, deren Durchführung den Landesregierungen obliegt. Zur allgemeinen Lage erklärte der Reichsanwalt: Offizielle Äußerungen der bayerischen Regierung, die insbesondere auch eine Frierung der Wünsche bringen könnten, lägen noch nicht vor. Er habe sich nur kurz mit dem bayerischen Gesandten unterhalten können und nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen eröffnen würden. Bisher sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht genannt worden. Es sei also ganz unmöglich, heute abschließend dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Gegenüber einem Jurat des Abg. Werner, daß er das Wort heute nicht gebraucht habe, bemerkte der Reichsanwalt, daß er sich sofort dieses Wort nicht und sich gleich gedacht habe, daß das wohl ein Jertum sein müsse. (Abg. Werner: Sicherlich!) Der Reichsanwalt fuhr fort: Durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Kahr ist eine neue politische Lage geschaffen worden. Zum Referat, das die bayerischen Herren erstattet haben, wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse keinen Zweifel darüber, daß es uns nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in eine solche Aussprache mit dazu beauftragten Herren eintreten können. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die letzten geführten Verhandlungen nicht unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Grundlage zu kommen. Der bayerische Gesandte v. Preger erklärte: Nachdem am vorigen Donnerstag allgemein die Rede davon war, daß § 4 von der Reichsregierung entgegenkommend geändert werden könne, wurde von einer kleinen juristischen Kommission eine Fassung des § 4 vorgenommen, die in dem entscheidenden Schlusse folgendermaßen lautet: Glaubt die Landesbehörde, einem solchen Ersuchen des Reichsministers des Innern nicht entsprechen zu können, so kann sie spätestens am zweiten Tage nach dem Empfange die Entscheidung des in § 7 vorgesehenen Ausschusses des Reichsrates anrufen. Aber die Formulierung hat dann die Reichsregierung Beschluß gefaßt und am Nachmittag der bayerischen Vertretung erklärt, daß sie dieser Formulierung nicht zustimmen könne, jedoch folgende Fassung vorschläge: Die Verbote und Beschlagnahmen werden von den Landesregierungen oder den von ihnen beauftragten Stellen

auf eigene Entschlebung oder auf Ersuchen des Reichsministers des Innern erlassen. Die Landesregierungen haben dem Ersuchen zu entsprechen, insofern die Entscheidung des nach § 7 zuständigen Ausschusses darüber anzurufen, ob den Anordnungen Rechnung zu tragen ist. Die bayerische Delegation erklärte sofort, daß ihr dieser Vorschlag des Reichsministers vollkommen unannehmbar erscheine. Darauf wurde nach einer Pause gesucht, die der bayerischen Regierung und den bayerischen Koalitionsparteien erträglich erscheine. Es ist dann auf Anregung von Vertretern der bayerischen Regierung der Vorschlag gemacht worden, der in der letzten Fassung enthalten ist, die von den Koalitionsparteien nach München mitgenommen wurde. Die bayerischen Vertreter haben also nicht von vornherein diesen Vorschlag gemacht, sondern das ist erst geschehen, nachdem von der Reichsregierung ein ganz anderer Vorschlag gemacht worden war.

Verbot von Zeitungen.

Berlin, 12. September. Auf Grund von § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. v. B. ist vom Reichsminister des Innern das im Verlag von Richard Kump in Berlin-Grünow erscheinende „Deutsche Wipblatt“ für die Zeit vom 10. bis 23. d. M. verboten worden.

Hannover, 12. September. Die „Werkstädtische Arbeiterzeitung“ ist wegen eines Artikels, in dem schwere Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. d. M. verboten worden.

Ausland der Berliner Gas- und Elektrizitätsarbeiter.

Berlin, 12. September. Die Festangestellten der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sind in den Auslandsreisen, ohne die weitere Entscheidung über den sie betreffenden Schlichtungsbescheid abzuwarten. Die Arbeiter der Werke sind bereit, zu arbeiten, und haben auch schon solche Arbeiten übernommen, die geeignet sind, einen unmittelbaren Schaden zu verhüten. Der Magistrat wird die Entscheidung des Reichsarbeitsministers herbeiführen suchen. Außerdem ist er mit der Entscheidung in Verbindung getreten, um die Verrichtung der Auslandsarbeiten sicherzustellen. Infolge des Streiks in den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken ist der Straßenbahnverkehr namentlich im Innern der Stadt nahezu lahmgelegt. Nur die nicht von den städtischen Elektrizitätswerken abhängigen Linien konnten den Betrieb aufrechterhalten. Die Gasversorgung kam laut „B. Z.“ am Mittag noch beibehalten werden. Dagegen machen sich bereits Schwierigkeiten auf den Fernsprechnetzen bemerkbar. Die Untergrundbahnen, die eine eigene Stromzentrale haben, sind vom dem Streik nicht berührt.

Berlin, 13. September. Der Auslandsstreik der Berliner Elektrizitätsarbeiter ist beendet, da durch die Bereitschaftserklärung des Reichsarbeitsministers, den Beschäftigten bei den weiteren Tarifverhandlungen zu übernehmen, das Streikziel erreicht ist.

Landarbeiterausstand im Kreis Mansfeld.

Berlin, 13. September. Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet aus Eisenberg, daß die Landarbeiter des Kreises Mansfeld in den Ausstand getreten sind, da die Arbeitgeber den Wunsch eines Tarifvertrages mit dem Landarbeiterverbande abgelehnt haben.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 13. September.

Wie sah Dante aus?

So wie die Werke eines großen Künstlers in ihrem Sieneslauf durch die Jahrhunderte immer höheren Glanz und größere Reife empfangen, so wird auch die körperliche Erscheinung des Genies allmählich in eine erhabene, verklärte Sphäre geholt. Dies ist besonders bei Dante der Fall gewesen, dessen Kopf heute zu den bekanntesten Bildnissen gehört, und in dessen streng-edlen, dichterischen, ohne das ganze Größe seines „göttlichen“ Gedichtes verkörpert scheint. Doch aber Dante wirklich so aus, wie sein Haupt und heute überall entgegenkommt? Darauf läßt sich nur antworten, daß die Reapler Bronzebüste, nach der die meisten Dante-Darstellungen geschaffen sind, erst aus dem 16. Jahrhundert stammt und ein selbständiges Kunstwerk ist, also uns über die eigentliche Erscheinung des Dichters nicht auszusagen kann. Überhaupt ist das vollständige Dantebild nur ein Idealbild. Wollen wir uns bei der Feier seines 600. Todestages die wahre Gestalt vorstellen, in welcher der große Florentiner auf Erden wandelte, so dürfen wir uns nur auf zeitgenössische Zeugnisse und Bilder verlassen. Dabei steht Dantes eigenes Selbstbildnis an erster Stelle. „Ich bin“, sagt er in seinem „Gastmahl“, „in den Augen vieler verdächtig erschienen, die sich mich auf Grund meines Namens vielleicht anders gedacht hatten.“ Tiefe Stelle läßt sich nur so erklären, daß die äußere Erscheinung des Dichters nicht sehr bedeutend war und daher diejenigen, die ihn zuerst erblickten, enttäuscht. Am ausführlichsten spricht über Dantes Äußeres sein erster Biograph Boccaccio. Nach seiner Schilderung war der Dichter von mittlerer Statur und ging im Alter geküht. Sein Antlitz war würdevoll und ruhig; das Gesicht oval; er hatte eine Nierenose, eher große als kleine Augen, die Annahmen

mächtig ausgebildet, die untere über die obere Lippe vorstehend. Seine Gesichtsfarbe war bräunlich, Haar und Bart dicht bewachsen, schwarz und gekräuselt, der Ausdruck stets melancholisch und gedankenvoll. Aus diesen Angaben hat sich wohl die Gestalt gebildet von den Frauen zu Ravenna, die aus der dunklen Gesichtsfarbe und dem kahlen Bart des Dichters erkennen wollten, daß er der Hilfe und dem Brand der Hölle sich ausgeheilt habe. Boccaccio sagt auch noch nach der Erzählung von Dantes Witten, Andrea Foggi, hinaus, er sei stets krumm gegangen; dies bezieht sich zweifellos auf die durch das beständige Niederbeugen über die Bücher gekrümmte Haltung, ohne daß man ihm deshalb, wie gesehen ist, einen Budek zuschreiben braucht. Dante selbst spricht einmal von seinem kahlen Haar; doch sagt er auch an einer Stelle des „Paradies“, im vorgerückten Alter habe sein Haar eine andere Farbe gehabt. Sehr viel hat man sich um Dantes Bart gestritten. Er deutet darauf selbst in einer Stelle des „Requiescat“ hin, und die meisten Zeugnisse berichten davon. Auf den Bildern aber ist er meistens barlos dargestellt. Wenden wir uns nun diesen wichtigsten Zeugnissen für Dantes Aussehen, den zahllosen Bildern von ihm, zu, so können nur die in Betracht kommen, die von Zeitgenossen stammen. Wir wissen, daß Dante von zwei großen Meistern seiner Epoche, von Giotto und Taddeo Gaddi, gemalt worden ist, und das ungeheure Aufsehen ist begründet, das durch die ganze Welt ging, als man an den aufgebildeten Fresken des Florentiner Gargello das Bildnis Dantes erdachte. Leider ist dieses kostbare Werk durch eine schlechte Restauration völlig verändert worden, und wir sind auf die Zeichnungen angewiesen, die vorher davon gemacht wurden, und von denen eine, die von Perseus Falsoni, ein wichtiger Rest des Berliner Kupferkabinetts ist. Das Gargello-Bild zeigt den jungen Dante, den schwarzemänteligen Besucher der Beatrice. Er ist wohl von Giotto sehr viel später aus der Erinnerung gemalt worden. Die

hohe schöne Stirn, die regelmäßig geschwungenen Brauen, die etwas eingesunkenen Augen, die Adlernase, der feine Mund und das leichtgeipigte Kinn zeigen alle charakteristischen Merkmale seines Kopfes, freilich noch nicht in der harten Ausprägung, die ihnen Alter und schweres Schicksal später verliehen haben mögen. Die Füge des reifen Mannes, etwa in dem Alter, in dem er starb, also mit 55 bis 56 Jahren, sind wohl auf dem Bilde des Taddeo Gaddi in Santa Croce zu Florenz wiedergegeben. Von diesen beiden Bildern, die der Zeit nach Dante am nächsten stehen, sind nun alle wichtigeren späteren Gestaltungen des Kopfes heranzuleiten. Von größerer Bedeutung für die Entwicklung des heute verbreiteten Dantekopfes ist augenblicklich die Darstellung des alten Dante gewesen, denn auf sie gehen die beiden plastischen Darstellungen, die sogenannte Lotenmaske des Torrigiani und die berühmte Bronzebüste in Reapel zurück. Erst in neuester Zeit sind einige Fresken aufgedeckt worden, die den Giotto'schen Kopf in reinerer Form und erhalten, so das jugendliche Dante-Profil in der Kirche des heiligen Augustin in Rimini und das schöne Idealbildnis in der Kirche des heiligen Franz zu Ravenna. Die Darstellungen Dantes in den Manuskripten und Ausgaben des „Göttlichen Komödie“ zeigen zunächst eine völlige Unähnlichkeit in der Wiedergabe des Kopfes; so stellt ihn z. B. das erste deutsche Dante-Bildnis in Scheffels Weltchronik bärtig und ohne Anhang an einen der überliefernten Typen dar. Erst Raffael mit seiner gewaltigen Erschaffung des Dantekopfes auf seinem Bild des Paradieses und der Divina, der sich an den Gaddischen Typus anschließt, hat jenen Dantekopf von erhabener Höhe und höherem Ernst geschaffen, der heute und allen vor der Seele steht.

8. Oktober 1921 eine pädagogische Herbstwoche in Frankfurt a. O. Redungen von An. Hecker Engler, Frankfurt a. O., Gehilfer Straße 27, zu richten. Auskunft erteilt Dr. Hecker Karl Berthold Frankfurt a. O., Friedrichstraße 5. Anfragen werden mit Anmerkungen erbeten. Wohnungsuchende von außerhalb wollen sich mittels Antwortkarte an An. Hecker Haberlaub, Frankfurt a. O., an der Seidenstraße 4, wenden. Eine interessante Entdeckung teilt E. Kerner in Halle a. S. mit. Am Harvard-Observatorium machte man vor einiger Zeit die Beobachtung, daß in den Bahnbewegungen des Neptun merkwürdige Abweichungen vorlägen. Dieser Planet verhielt sich demnach in seinen Bewegungen, daß man annehmen muß, er sei der Anziehungskraft eines fremden, uns bislang unbekanntem Körper unterworfen. Nach den Berechnungen, die auf Grund dieser Abweichungen vorgenommen worden sind, sind Schlüsse auf die Masse dieses hypothetischen transneptunischen Planeten sowie seinen Abstand von der Sonne gezogen worden. Hiermit soll der Planet an Masse unserer Erde ungefähr gleich sein. Es ist jedoch anzunehmen, daß sein Volumen größer ist, da er, wie alle äußeren Planeten, wahrscheinlich freylich leichter ist als unsere Erde. Sein Abstand von der Sonne dürfte nahezu doppelt so groß sein, wie der des Neptun, d. h. mehr als 1000 Millionen geographische Meilen betragen. Die Dichtstärke der Sonne ist jedoch bis dahin so gering, daß es zweifelhaft erscheint, ob sie ausreicht, den Planeten derartig zu beeinflussen, daß er mit unferen optischen Hilfsmitteln wahrnehmbar wird. „Wahrscheinlich wird er nicht wahrgenommen, sondern nur mit allerdings großer Genauigkeit errechnet werden.“ Die Nachrichten von der Entdeckung eines transneptunischen Planeten rufen die Erinnerung an die Entdeckung des Planeten Neptun selbst noch, die auf die gleiche Weise erfolgte. Es wurden in den Bewegungen des im Jahre 1781 von Herschel entdeckten,

Um ihren die Einreise in das Abnahmungsgebiet zu ermöglichen, hat die internationalisierte Kommission in Duppeln folgende Verfügung erlassen: Der Flüchtling richtet an den Kreisinspektor, in dessen Bereiche sein Wohnort liegt, ein kurzes Gesuch, in dem er bittet, ihm die Rückkehr zu gestatten. Der Kreisinspektor überfendet darauf dem Flüchtling die Einreiseerlaubnis, auf Grund deren der Flüchtling die Grenzkontrolle passieren kann. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Visum des französischen Konsulats nicht erforderlich ist. Die Einreiseerlaubnis ist ausreichend.

Sächsischer Gemeindebeamtenstag in Dresden.

Der Sächsische Gemeindebeamtenbund hält am 18. September in Dresden (Städtischer Ausstellungspalast) seine Bundeshauptversammlung ab. Die Tagesordnung weist folgende Punkte auf: Sonntag, den 18. September 1921, vormittags 9 Uhr: 1. Eröffnung der Tagung durch den ersten Vorsitzenden. 2. Mitteilungen. 3. Geschäftsbericht des Bundesdirektors. 4. Nichtigkeitsprüfung der Bundesstatistikrechnung 1920. 5. Die Neuordnung der Gemeindeverwaltung, vergl. hierzu Gemeindebeamtengesetz-Entwurf §. 322. Fortsetzung nicht-öffentlich! Es haben aber alle Bundesmitglieder, auch soweit sie nicht als Abstimmungsvertreter anwesend sind, Zutritt. 6. Beschlußfassung wegen Gewährung von 1000 M. Sterbegeld an jedes Ortsgruppenmitglied und Bundesmitglied. Bestimmungen vergl. §. 324. 7. Ermächtigung des Gesamtvorstandes zur Festsetzung der Bestimmungen über Gewährung von Rechtshilfe, Stellenlosenunterstützung, Unterstützung Gemeindegelder und über die Gewährung von Sterbegeld, Beschlußfassung über Anrechnung der bei anderen Gewerkschaften verbrachten Mitgliedsjahre auf im Bundes zu erfüllende Wartefristen. Bestimmungen vergl. §. 324-327. 8. Änderung der Bestimmungen über die „Kriegsschiffe“: in § 1 für 100 000 M. zu setzen „50 000 M.“. 9. Haushaltsplan für 1921, vergl. §. 326. 10. Haushaltsplan für 1922, vergl. §. 327 und Festsetzung des Bundesbeitrages und der Zahlungstermine für 1922. Hierzu Anträge: a) Die Ortsgruppe Rabenau erachtet die für den Fonds zur Errichtung eines Erholungsheims eingeleiteten 5000 M. für zu gering, um die Angelegenheit wesentlich zu fördern. Sie hält für erwidenswert, eine Letterie zu veranstalten; b) die Bezirksgruppe Borna-Rochitz beantragt, die für Errichtung eines Erholungsheims eingestiftete Rente von 5000 M. zu streichen. Montag, den 19. September, vormittags 9 Uhr (nicht-öffentlich) 11. Satzungsänderung, 12. Bundesprogramm, 13. Wahl der Rechnungsprüfer für 1922, 14. Ortsgruppen zum Bundesverband, 15. Antrag a) des Bezirks Meisa: den Vertrauensmännern der Bezirksgruppen aus Bundes- oder Bezirksmitteln Reise- und Tagegelder zu gewähren, um ersteren den Besuch der Fachgruppen-Hauptversammlungen zu ermöglichen; b) der Ortsgruppe Rabenau: Beschluß über die Verwendung der Mittel aus der Sammlung für Beamtenkinder und Beamtenerholungsheime der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtenbundes zu fassen. 16. Wahl des Ortes der nächsten Bundeshauptversammlung (Töbten).

Bundestag des Bundes Sächsischer Staatsbeamten.

Der Bund Sächsischer Staatsbeamten E. B. veranstaltet am 17. und 18. September seinen 3. Bundestag im Künstlerhaus, Dresden-Altenstadt, Albrechtstraße, mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden. 2. Geschäftsbericht. Berichterstatter: Geschäftsführer Richter. 3. Demokratisierung der Verwaltung. Berichterstatter: Oberregierungsrat Leohardt. 4. Grundprobleme der Verwaltungserneuerung. Vortrag von Albert Falkenberg. 5. Der öffentlich-rechtliche Charakter des Beamtenverhältnisses und seine Folgerungen hieraus. Vortrag von Dr. Köhler, Bundesdirektor des D. B. B. 6. Besetzungspolitik. Berichterstatter: Rechnungsinспектор Forkhardt, Oberregierungsrat Müller. 7. Gewerkschaftlicher Ausbau der Beamtenorganisationen. Berichterstatter: Geschäftsführer Richter. 8. Der gestaffelte Mitgliedsbeitrag. Bericht des Verwaltungsausschusses. 9. Erziehung. 10. Anträge. 11. Sonstiges.

Uhrmacherverbandstag.

Chemnitz, 11. September. Der Landesverband der Uhrmacher im Freistaat Sachsen, der seinen Sitz in Zwickau hat, hielt gestern in Chemnitz seine Jahreshauptversammlung ab. Die Tagung begann mit einer Besichtigung der Uhrmacherschule in der sächsischen Fach- und Fortbildungsschule. Von mittags 1 Uhr ab fand im Hotel Germania die Hauptversammlung statt, die von dem Verbandsvorsitzenden Krefner aus Zwickau geleitet wurde. Als Gäste waren u. a. anwesend die Vertreter des Landesauschusses für das sächsische Handwerk, der Gewerkschammer Chemnitz und des Chemnitzer Innungsvereins. Der Vorsitzende erstattete den Geschäfts- und Tätigkeitsbericht, der Verbandsrat erstattete den Rechenschaftsbericht. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Man beschloß, unter Hinweis auf den Antrag des Stiftungsausschusses der Uhrmacherschule in Gladbach, die Zeugnisse über den erfolgreichen Besuch der Uhrmacherschule den Gesellenprüfungsjugendlichen gleichzustellen. Ferner beschloß man, der Uhrmacherschule, die mit einem jährlichen Gehaltsbetrag von über 150 000 M. arbeitet, im Jahre 1920 eine Unterstützung von 2000 M. zuzuwenden. Dabei erwartet man, daß die anderen deutschen Verbände die Schule ebenfalls nach Kräften unterstützen, damit auch der

Staat helfend eingreift. Der Antrag auf Anschluß des Landesverbandes an den Landesauschuss für das sächsische Handwerk wurde einstimmig angenommen. Zu diesem Zwecke stellte man 2400 M. als Beitrag in den Haushaltsplan ein. Der Haushaltsplan fand dann mit großer Mehrheit Annahme. Ein Vortrag über „Jugend und Ziele des Verbandes“, gehalten vom Vorsitzenden, wurde sehr beifällig aufgenommen. Der nächste Verbandstag (1922) soll in Meißen abgehalten werden.

Flugpost Hamburg—Magdeburg—Leipzig—Dresden.

Infolge vielfacher Wünsche der beteiligten Verkehrsweit ist der zur Leipziger Messe eingeführte Flugplan auf der Strecke Hamburg—Dresden auch nach der Messe bestehen geblieben. Abflug täglich Hamburg 1 nachm., ab Magdeburg 3,15 nachm., ab Leipzig 4,30 nachm., an Dresden 5,15 nachm. Zurück ab Dresden 12 nachm., ab Leipzig 1 nachm., ab Magdeburg 2,30 nachm., an Hamburg 4,30 nachm. Dieser Flugplan bietet in beiden Richtungen bequeme Gelegenheiten, Antworten auf morgens empfangene Post noch am selben Tage den Empfängern zu übermitteln. In jedem Falle empfiehlt sich, daß die Auslieferer die Abbestellung verlangen und vorausbezahlen, um die Abtragung der Sendungen am Flugtag zu sichern.

Leipzig. Der Rückgang der Zahl der aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Personen, der im Mai eingeleitet hat, hat sich im ganzen in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Zahl der laufend unterstützten Erwerbslosen hat von 7634 Personen im Wochenenddurchschnitt des Juli auf 6312 Personen im August oder um nicht weniger als 17,3 Proz. abgenommen. Dagegen ist die an sich beweglichere Zahl der Kurzarbeiter etwas gestiegen, von 3134 unterstützten Personen im Juli auf 3723 im August oder um 18,8 Proz. Insgesamt ist somit eine Abnahme von 733 Personen oder von 6,8 Proz. zu verzeichnen; 10 035 wöchentlich insgesamt unterstützte Personen im August gegen 10 768 im Juli.

Chemnitz. Die am 10. d. M. im Handwerker-Vereinshaus versammelt gewesenen dienstlich abkömmlichen Beamten der Kriminal-, Kriminal- und Wohlfahrtspolizei — etwa zwei Drittel des Bestandes — haben in ihrer Eigenschaft als Organe zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, nach eingehender jeder parteipolitische Stellungnahme vermeidender Besprechung der in letzter Zeit in Chemnitz vorgekommenen Ereignisse und der darüber erschienenen Presseberichte, welche die Schuldfrage betreffen und sich mit der Person des Leiters des Polizeiamtes beschäftigen, nachstehende Entschließung gefaßt:

Nach Kenntnisnahme und genauer Prüfung der die Bottommission vom 31. August d. J. ab betreffenden Akten und sonstigen Unterlagen sind die versammelten Beamten des Polizeiamtes der Stadt Chemnitz zu der Überzeugung gekommen, daß die von einigen hiesigen Tageszeitungen geleistete Forderung, den Leiter des Polizeiamtes der Stadt Chemnitz wegen seiner unmittelbaren oder mittelbaren Schuld an der Erschießung des Bauarbeiters Garretts seiner Stellung zu entheben, jeder tatsächlichen und rechtlichen Grundlage entbehre. Die Beamten stehen vielmehr auf dem Standpunkte, daß die von dem Leiter des Polizeiamtes getroffenen Maßnahmen verfassungsmäßig und von dem Grundgesetz getragen waren, daß die Polizei bei Ausübung ihres Dienstes und entsprechenden Maßnahmen über den Parteizustand zu setzen habe. Die Beamten erklären deshalb einmündig, daß sie sich in diesem Fall und auch in Zukunft, sofern sich die vom Polizeiamt und von seinem Leiter getroffenen Maßnahmen mit den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen decken und der Erhaltung der Verfassung dienen, geschlossen hinter den Leiter des Polizeiamtes stellen. Die Beamten beauftragen die Oberleiter der Beamtenauschüsse, diese Entschließung durch die Tageszeitungen zur allgemeinen Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen.

Zwickau. Um den Kosten des Gemeindevorstandes zu steuern bei Zwickau sind über 80 Bewerbungen eingegangen.

W. Adorf i. S. Bürgermeister Köhler, der erst seit 1919 hier amtiert, wurde am Freitag durch nahezu einstimmigen Beschluß beider sächsischen Kollegien (mit 17 gegen 2 Stimmen) auf Lebenszeit gewählt.

Schwarzenberg. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen ergab die bürgerliche Liste 13 Mandate (bisher 13), die Reichsbürgerliste 7 (bisher 6) und die Kommunisten 6 (bisher 7) Mandate. Die Gruppen sind also nach wie vor gleich stark.

Kae. Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Lande wurde in Kae die Tagung der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Evangelischen Gemeindebundes abgehalten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die neue Kirchengemeindeordnung der sächsischen Landeskirche. Die bedeutungsvolle Tagung kam aus in zwei Entschlüsse. Die erste bezieht sich auf die neue Kirchengemeindeordnung und wünscht, daß die noch ausstehende Fortsetzung des Verfassungswerkes unverzüglich in Angriff genommen und durchgeführt werde. Die zweite Entschlüsse enthält einen ersten Ruf zu kirchlicher Einheit auf dem Boden des Evangeliums: nicht Zerstückelung, sondern Einheit des evangelischen Volkes sei die Lösung.

Wollfenstein. Der Stadtgemeinderat zu Wollfenstein hat beschloffen, am 1. Oktober die Erwerbslosenunterstützung um 25 Proz. zu erhöhen.

Dresden. Die Stadtverordneten zu Dresden nahmen eine Tagungsbeschluss in Höhe von 5 Pf. für die Tour und das Paar an und bemutigen

10 000 M. Berechnungsgeld zur Schaffung neuer Wassergräben für die sächsische Wasserleitung.

Struppen (Sächs. Schweiz). Das Rittergut Struppen ist mit Wirkung vom 1. Juli 1921 ab in den Besitz der Gemeinde Struppen übergeben worden. Durch den Vereinbarungsvertrag, der am 2. September abgeschlossen worden ist, vergrößert sich die Fläche des Gemeindebezirks um 71 ha 93 a. Die Grundsteuererhöhen sich um 3002,92. Ferner steht auch die Unterzeichnung des Einverleibungsvertrages mit dem Rittergut Kleinstruppen mit vormaliger Soldatenfabrik-Erziehungsanstalt bevor.

Tageschronik.

Berlin, 12. September. In einem großen Lagerfeuer der Expeditionsfirma Brasch & Rothe in der Nacht gestern früh ein Großfeuer aus, dessen Lösung die Berliner Feuerwehr fast den ganzen Sonntag beschäftigte. Als Oberbrandinspektor Teubner und Brandmeister Roth mit zahlreichen Löschkühen an der Brandstelle eintrafen, fand der etwa 50 m lange Schuppen schon in heißen Flammen. Das Feuer schlug von Borräden an Wolle und Baumwolle auf dem Lager genährt, haushoch empor. Durch kräftiges Löschen gelang es aber, die gefährdeten nachbarlichen Gebäude zu schützen. Der Lagerinhalt ist samt dem Inhalt total niedergebrannt. Die Hitze war so groß, daß starke T-Explosionen schraubenartig vorüber sind und von einem vierstöckigen Nachbargebäude der gesamte Putz heruntergefallen ist. Der Schaden läßt sich noch nicht annähernd feststellen. Die glimmenden Baumwollensackbullen mußten sämtlich auseinandergerissen und eingeln abgelöst werden. Das in der Nähe liegende Vorkantlager blieb unversehrt.

Berlin, 12. September. Der Raubmord an der Kasseler Reinerd in der Potsdamer Straße 100 hat trotz aller Nachforschungen der Kriminalpolizei noch keine Klärung finden können. Die Ermittlungen haben bisher ergeben, daß als Täter zweifellos der Mann in Frage kommt, der an zwei verschiedenen Tagen gesehen worden ist, als er aus der Reinerdschen Wohnung kam. Seitdem ist der Gesuchte spurlos verschwunden. Wer über diesen Mann irgendwelche Angaben machen kann, wird unter Hinweis auf die hohe Belohnung ersucht, sich bei Kriminalkommissar Kunze im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Kottbus, 12. September. Der Brunnenbauer Max Wolf aus Senftenberg, der vom Schwurgericht in Kottbus im Januar d. J. wegen Mordes an dem Fleischer Schabier und dem

Rohrschlichter Hennig aus Schönberg zum Tode verurteilt wurde, ist erst jetzt in Kottbus eingekerkert worden.

Godesberg, 12. September. Auf der Eisenbahnstrecke Godesberg—Remagen fuhr ein amerikanischer Kraftwagen gegen den Eisenbahn-Dortmund—Frankfurt und wurde vollständig zerstört. Sämtliche sechs Insassen wurden getötet.

Paris, 12. September. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat ein heftiges Unwetter die Stadt Georgetown auf der Insel Tobago zerstört. Man meldet schweren Schaden. Auf Trinidad ist die Ernte fast vollständig vernichtet worden.

Berlin, 12. September. Besichtigungs.

Table with columns for station names, telegrams sent, received, and other statistics.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 13. September 7 Uhr früh.

Weather forecast table with columns for station, temperature, wind, and weather conditions.

An der hiesigen Bürgerstraße ist eine ständige Lehrerstelle zu besetzen. Gehalt nach der staatlichen Besoldungsordnung. Ortsklasse vorläufig D. Bewerbungen mit den erforderlichen Unterlagen bis Ende September 1921 erbeten. 4956 Stadtrat Waldenburg, Sachsen, den 12. September 1921.

Die Stelle des Registrars bei hiesiger Gemeindeverwaltung ist baldigst zu besetzen. Besetzung nach Gruppe VI der Besoldungsordnung. Verlangt wird ein nicht zu junger, gut befähigter und mit den Registratursarbeiten einer mittleren Gemeindeverwaltung durchaus vertrauter Beamter. Die Gemeinde ist Mitglied des Landespersonalarbeitsverbandes Sächs. Gemeinden und zurzeit nach Ortsklasse C eingestuft. Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind spätestens bis 21. September 1921 hier einzureichen. Radumbad Oberschlesien, 12. Septbr. 1921. Der Gemeinderat. Vogelgefang, Gemeindevorstand. 4957

Sächsische Bank zu Dresden

Die von uns aufgeführten Depotenscheine Nr. 40381 d. d. Dresden, den 20. März 1915 Nr. 40926 d. d. Dresden, den 23. August 1915 Nr. 40964 d. d. Dresden, den 15. September 1915 sind bei uns als verloren angezeigt worden. In Gemäßheit von § 12 uneteter revidierten Statuts vom 21. Juni 1920 machen wir dies hiermit unter der Bedingung bekannt, daß wir die obigen Scheine für kraftlos erklären und an deren Stelle Duplikate ausstellen werden, wenn sich innerhalb dreier Monate, vom unten angeführten Tage ab, Inhaber dieser Scheine bei uns nicht melden sollten. Dresden, den 13. September 1921. Sächsische Bank zu Dresden Grunberg Schmidt

Advertisement for Albert Walther STEMPEL and Grosse Wirtschaft Kaffee-Konzert.

Sächs. Staatszeitung Einzelne Nummern 20 Pf.

Akten, Geschäftspapiere, Druckbücher

Advertisement for Regierungsverat Dr. Friedrich Bach and Dorothea Bach geb. Koch.

Advertisement for Familiennachrichten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Ämtlicher Teil.

Auf Grund von § 5a der Bekanntmachung zum Schluß des Jahres vom 23. September 1918...

Dem Portugiesischen Konsul in Leipzig, Kommerzienrat Moritz Kraemer, ist namens des Reichs...

Öffentliche Zustellung.

Die Frau Teresia Josefweinhand Peter Vogt & Co. in Zittau - Prozeßbevollmächtigter: der Rechtsanwalt...

Die im Grundbuche bisher noch nicht eingetragenen Hypothekensachen des Grundbuchs für...

Das auf den Namen des Bergwerkunternehmers Karl Friedrich Thiele in Richtenberg auf Blatt 121...

Gemäß §§ 393, 391 des sächsischen allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910 wird hiermit...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16600 die Gesellschaft Erich Reimuth, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

soil jeder Gesellschafter berechtigt sein, den Betrag unter dem 30. Juni und 31. Dezember jeden Jahres...

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Gesellschafter Reimuth bringt als seine Einlage...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 16658 die offene Handelsgesellschaft Hoffmann & Löffelholz in Dresden.
2. auf Blatt 16460, betr. die offene Handelsgesellschaft G. Beyer & Co. in Dresden.
3. auf Blatt 16229, betr. die Gesellschaft Lange, Zerbe & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

Auf Blatt 16659 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Dresdner Fachverlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16663 die Firma Edmundaal Textil-Atienengesellschaft Zweigabteilung...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 16600 die Gesellschaft Erich Reimuth, Gesellschaft mit beschränkter Haftung...

oder von einem Vorstandsmitgliede gemeinschaftlich mit einem Prokuristen abgegeben werden. Stellvertretende Vorstandsmitglieder...

Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Der Vorstand (die Direktion) besteht nach den Bestimmungen des Ausschusses...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

- 1. auf Blatt 16278, betr. die Gesellschaft Deutscher Film-Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden.
2. auf Blatt 16661: Die offene Handelsgesellschaft Carl Wiltner & Co. in Dresden.
3. auf Blatt 16662: Die offene Handelsgesellschaft Delschlägel & Hermann in Dresden.
4. auf Blatt 16498, betr. die offene Handelsgesellschaft Prochaska & Co. in Dresden.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

Auf Blatt 1245 des Handelsregisters ist heute die Firma Georg Wädiger in Contadobors...

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 29. August 1921 auf Blatt 437, die Firma G. Walter Köhler in Hainichen...

Aufgebot.

Der Agent Richard Schmal in Grundböden hat als Nachlassverwalter...

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 152 eingetragen worden: Die Firma Max Arangel in Königsbrunn...

Auf Blatt 20373 des Handelsregisters ist heute die Firma Wöberhaus Atienengesellschaft in Leipzig, vorher in Berlin...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 16278, betr. die Gesellschaft Deutscher Film-Verlag Gesellschaft...

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

Auf Blatt 1245 des Handelsregisters ist heute die Firma Georg Wädiger in Contadobors...

In das Handelsregister ist eingetragen worden am 29. August 1921 auf Blatt 437, die Firma G. Walter Köhler in Hainichen...

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

Auf Blatt 668 des Handelsregisters, die Firma Wilhelm Frenk, vorm J. W. Richter in Meerane...

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 251 eingetragen worden, daß aus der Firma Eduard Thoy in Oberlauterbach...

